

Forderungs- Katalog

„Wir wollen ernst genommen werden.
Fragt uns! - Nicht ohne uns über uns“



Einleitung

Beim Wählen geht es um die Wahrnehmung eines elementaren Grundrechtes und im Weiteren um die politische und gesellschaftliche Mitbestimmung. Durch die ersatzlose Streichung der Wahlrechtsausschlüsse durch den Bundestag besteht seit Mai 2019 das Bundeswahlrecht für alle. Das betrifft in Deutschland ca. 85 000 Menschen die zuvor noch nicht wählen durften. In Nordrhein-Westfalen wurde das Landes- und Kommunalwahlrecht bereits 2017 zur Landtagswahl geändert. Das bedeutet wiederum, dass die kommende Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen für einen großen Teil der Menschen mit Behinderung die erste Kommunalwahl ist, an der sie teilnehmen. Ein „Inklusives Wahlrecht“ ist damit in Nordrhein-Westfalen schon umgesetzt. Jetzt geht es darum, dass auch Menschen mit Behinderung dieses Wahlrecht konkret in Anspruch nehmen.

Anlässlich des geplanten Aktionstages (Europäischer Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung) im Mai 2020, wurde von der EUTB Beratungsstelle im Kreis Lippe eine Demonstration vorbereitet, um auf die Belange von Menschen mit Behinderung aufmerksam zu machen. Im Zusammenhang mit der Demonstration sollte ein Forderungskatalog an Politiker*innen aus dem Kreis Lippe überreicht werden. Unter anderem sollte mit Blick auf die bevorstehende Kommunalwahl zum einen deutlich gemacht werden, dass Menschen mit Behinderung eine relevante Wähler*innengruppe sind. Zum anderen sollten die Politiker*innen für die Belange dieser Wähler*innen sensibilisiert werden. Die Demonstration und der Aktionstag wurden aufgrund der Covid-19-Entwicklung abgesagt.

Die Belange von Menschen mit Behinderung und die häufig damit verbundenen Teilhabebarrieren, auf die sie treffen, sind auch für die EUTB Beratungsstelle im Kreis Lippe weiterhin wichtig. Insbesondere im Vorfeld der Kommunalwahl sollen Menschen mit Behinderung über ihr Wahlrecht informiert werden. So wurde aus der geplanten Demonstration zu den unterschiedlichen Belangen von Menschen mit Behinderung eine digitale Kampagne zur Kommunalwahl 2020.

Gemeinsam mit dem Kompetenzzentrum Selbstbestimmt Leben für den Regierungsbezirk Detmold, den EUTB Beratungsstellen im Kreis Paderborn und Höxter und der Inklusionsbeauftragten des Kreises Lippe, Monika Heel, wurde ein Film gedreht, welcher in einfacher Sprache erklärt, wie wählen geht, was man dafür benötigt und was Briefwahl ist. So sollen Menschen mit Behinderung, die erstmals wählen gehen, die Möglichkeit gegeben werden, sich über die Wahl und deren Ablauf zu informieren.

Darüber hinaus waren alle Beteiligten daran interessiert von Menschen mit Behinderung direkt zu erfahren, welche Wünsche, Anregungen und Forderungen sie über die politische Beteiligung hinaus an die Politik in ihrem Wohnort oder ihrem Kreis stellen. Dazu wurden offen gestaltete Vordrucke an Einzelpersonen, Vereine, (Selbsthilfe-)

Gruppen und Einrichtungen, die Kontakte zu Menschen mit Behinderung haben, verschickt. Ziel war es, möglichst viele Menschen aus dem ganzen Kreis Lippe zu erreichen. Bis zum 31. Juli 2020 erreichten uns 40 ausgefüllte Forderungsbögen von Einzelpersonen und zehn Forderungsbögen, die von Gruppen verfasst wurden. Zu den Gruppen gehörten u.a. Werkstatt- und Bewohnerbeiräte oder dem Runden Tisch Inklusion.

Die Wünsche, Anregungen und Forderungen wurden in diesem Dokument - dem Forderungskatalog - gesammelt und abgebildet. Dabei sei zu erwähnen, dass lediglich an der einen oder anderen Stelle die Rechtschreibung und Grammatik angepasst wurde - ansonsten handelt es sich bei diesem Forderungskatalog um eine Sammlung von Originalzitaten. Manche Forderungen sind speziell an die Politiker*innen einer Stadt gerichtet, andere sind globaler verfasst und richten sich an den Kreis Lippe direkt.

Um die Forderungen übersichtlich darstellen zu können und vor allem um deutlich zu machen, dass es sich bei den Äußerungen der Menschen mit Behinderung nicht um bloße „Wünsche“ handelt, sondern diese Forderungen auf konkreten Rechtsansprüchen basieren, werden diese anhand der Chronologie der Artikel der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) aufgelistet. Mit dieser Vorgehensweise soll im elften Jahr des Inkrafttretens der UN-BRK in Deutschland erneut darauf hingewiesen werden, dass aus der UN-BRK konkrete Verpflichtungen für Bund, Land und Kommunen herrühren, die von den Menschen mit Behinderung getroffenen Forderungen und damit geltendes Recht auch umzusetzen. Die UN-BRK trat 2006 in Kraft und ist von Deutschland 2008 ratifiziert worden. Seit 2009 ist sie damit geltendes Recht in Deutschland. Ziel der UN-BRK ist die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit Behinderung sicherzustellen und damit Menschen mit Behinderung in ihrer Selbstbestimmung zu stärken.

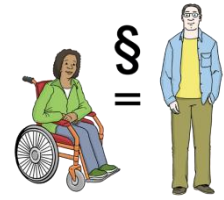
Bei der Zuordnung der Forderungen wurden nicht alle der 33 Artikel aus der UN-BRK berücksichtigt, jedoch gibt es einige Artikel, zu denen viele Forderungen eingingen. Daneben wurden die normierten Anforderungen aus der UN-BRK um die bereits bestehenden rechtlichen Vorgaben aus dem Landesrecht NRW ergänzt.

Ziel dieses Forderungskatalogs ist es den Menschen mit Behinderung aus dem Kreis Lippe Gehör zu verschaffen. Anliegen, Wünsche und Forderungen an Politiker*innen auf verschiedenen Ebenen weiterzureichen und diese aufzufordern sich ebenfalls für die Belange von Menschen mit Behinderung einzusetzen - ganz nach dem Motto: „Wir wollen ernst genommen werden. Fragt uns - nicht ohne uns über uns!“.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| Artikel 5 - Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung | 4 |
| Artikel 6 - Frauen mit Behinderung..... | 5 |
| Artikel 8 - Bewusstseinsbildung | 6 |
| Artikel 9 - Zugänglichkeit | 7 |
| Artikel 19 - Unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft | 9 |
| Artikel 20 - Persönliche Mobilität..... | 10 |
| Artikel 21 - Recht der freien Meinungsäußerung, Meinungsfreiheit und Zugang zu Informationen | 14 |
| Artikel 24 - Bildung | 15 |
| Artikel 27 - Arbeit und Beschäftigung..... | 16 |
| Artikel 29 - Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben | 17 |
| Artikel 30 - Teilhabe am kulturellen Leben sowie an Erholung, Freizeit und Sport. | 18 |
| Weitere Forderungen | 20 |

Forderungen von Menschen mit Behinderung aus dem Kreis Lippe



Artikel 5 UN-BRK - Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung



Kein Mensch darf wegen seiner Behinderung schlechter behandelt werden.
Jeder Mensch muss gut behandelt werden.
Sie dürfen keine Nachteile haben.

Artikel 3 Abs. 3 Satz 2 Grundgesetz



Alle Menschen haben die gleichen Rechte.
Kein Mensch ist besser als ein anderer Mensch.
Kein Mensch darf wegen seiner Behinderung schlechter behandelt werden

Das sagen Menschen mit Behinderung aus dem Kreis Lippe dazu:

- „Fragt uns! - Nicht ohne uns über uns“
- „Der Wille muss da sein, uns zu zuhören“
- „keine „Bittsteller“-Position mehr“
- „Ernst nehmen“
- „Echte Teilhabe“
- „Sensibilisierung/Wertschätzung“

Artikel 6 UN-BRK - Frauen mit Behinderung



- § Frauen mit Behinderung müssen gut behandelt werden.
Sie müssen die gleichen Rechte wie Männer haben.
Keine Frau mit Behinderung soll Nachteile haben, weil sie eine Frau ist.
Jede Frau mit Behinderung soll sich weiter entwickeln können.

Das sagen Menschen mit Behinderung aus dem Kreis Lippe dazu:

- „Ein Café machen für die Frauenbeauftragten, wo Frauen sich treffen können 1x im Monat.“



Artikel 8 UN-BRK - Bewusstseinsbildung

Menschen mit Behinderung sollen anerkannt werden.

Menschen sollen besser über Menschen mit Behinderung denken.



Jeder soll lernen, dass Menschen mit Behinderung wertvoll für das Land sind.

Viele Menschen denken, dass Menschen mit Behinderung nicht viel können.

Jeder Mensch soll lernen, dass das nicht stimmt.

Menschen mit Behinderung können viel.

Paragraf 5 Inklusions-Grundsätze-Gesetz NRW

Alle Menschen helfen mit, dass Menschen mit Behinderung überall in Nordrhein-Westfalen dabei sein können.



Alle Ämter und Behörden helfen mit, damit Menschen mit Behinderung nicht benachteiligt werden.

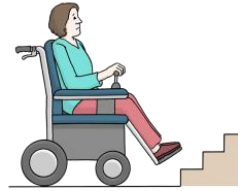
Menschen mit Behinderung sollen überall mit-einbezogen sein.

Überall in Nordrhein-Westfalen sollen Menschen gleich gut leben können.

Das sagen Menschen mit Behinderung aus dem Kreis Lippe dazu:

- „Bus-Unternehmen und Bus-Fahrer sensibilisieren (Schulungen)“
- „Dass die Stadtbusse nicht so schnell fahren und so stark abbremsen und dass die Busfahrer sich an die Buszeiten halten, sodass man die Anschlussbusse bekommt.“
- „Einfachere Behördengänge und bessere Schulung von Amtspersonen für Behinderte“
- „Medizinische Einrichtungen: Schulung der Mitarbeiter, im Umgang mit blinden und sehbehinderten Patienten“
- „In der Straße „Vogelsang“ (Lemgo) wird häufig zu schnell gefahren. Hier ist „30“, die Geschwindigkeit wird zu selten kontrolliert (Anmerkung: Die Straße ist ein Schulweg + in der Straße wohnen viele Menschen mit Behinderung).“
- „Mehr Informationen über Menschen mit Behinderung an die Gesamtbevölkerung (Sensibilisierung)“
- „Mehr Rücksicht in der Gesellschaft auf Nutzer von Langstöcken, Rollstuhlfahrer, Träger von Kennzeichnungsarmbinden (z.B. wird nicht wahrgenommen und dann angerempelt)“

Artikel 9 UN-BRK - Zugänglichkeit



Alles soll für Menschen mit Behinderung zugänglich sein.
Für Menschen mit Behinderung soll es keine Hindernisse geben.
Alles soll so sein, dass Menschen mit Behinderung alles gut benutzen können.
Das ist wichtig, damit Menschen mit Behinderung selbstständig leben und überall dabei sein können.



Menschen mit Behinderung müssen zugängliche Informationen bekommen.
Zum Beispiel soll Deutschland Gesetze in Leichter Sprache erklären.
So kann jeder die Gesetze besser verstehen.
Deutschland soll auch dafür sorgen, dass Menschen mit Behinderung zum Beispiel die Internet-Seiten von einem Amt gut benutzen können.



Paragraf 7 Behinderten-Gleichstellungsgesetz NRW

Alle öffentlichen Gebäude müssen für Menschen mit Behinderung gut erreichbar sein (zum Beispiel: das Rathaus).



Alle öffentlichen Gebäude müssen für Menschen mit Behinderung offen sein.
Alle öffentlichen Wege, Straßen und Plätze müssen für Menschen mit Behinderung offen und zugänglich sein (zum Beispiel: ein Blinden-Leitsystem für blinde und sehbehinderte Menschen).

Das sagen Menschen mit Behinderung aus dem Kreis Lippe dazu:

- „Barrierefreiheit an/in allen Wahllokalen oder andere Räumlichkeiten. Falls erforderlich Fahrmöglichkeiten zu den Wahllokalen.“
- „Einhaltung der geltenden Techniken (DIN- Normen und Gesetze) bei neu gebauten und sanierten öffentlichen Begegnungsstätten (z. B. Krankenhäuser, Senioren - und Pflegeeinrichtungen u.v.m.)“
- „Mehr Barrierefreiheit (Bushaltestellen; Bahnhöfe) für Menschen mit körperlicher Behinderung (Rollator, Rollstuhl).“
- „Bessere Ausschilderung von Barrierefreiheit“
- „Barrierefreie Bushaltestellen bei öffentlichen Freizeiteinrichtungen wie z.B. Eau-Le, Kino, etc.“ (Lemgo)
- „Die Bushaltestellen sind nicht geeignet für Rollstuhlfahrer, für alte Leute mit Rollator, für Blinde. Alle Bushaltestellen von Oerlinghausen Bahnhof sind schwierig zum Einsteigen. Und von Bielefeld bis Stukenbrock.“

- „Die Bürgersteige sind zu marode und eine Stolpergefahr. Es sind nicht getrennt für Radfahrer und Fußgänger, dabei ist es gefährlich für Gehörlose.“ (Oerlinghausen)
- „Einige Geschäftsstellen sind nicht barrierefrei zugänglich z.B. die Post“ (Oerlinghausen)
- „Da in meinem Wohnort ca. 8-10 gehörlose Einwohner leben. Das Rathaus und der Bürgerservice sind nicht für gehörlose Mitbürger geeignet. Wichtige Änderung wäre: Das Rathaus und den Bürgerservice für gehörlose Mitbürger umstellen.“ (Oerlinghausen)
- „Fast in allen Supermärkten bzw. Discountermärkten sind die Regale zu hoch und kommen kaum alte Leute, Kleinwüchsige oder alle die schwer die Arme hochheben können dran. Es gibt auch keine geeigneten Hocker, um an die Regale dran zu kommen. Außerdem sind kaum Mitarbeiter da, die man um Hilfe bitten kann. Außerdem ist das Kassendisplay manchmal schlecht sichtbar und die gehörlosen Bürger sind darauf angewiesen, dass Kassendisplay zu sehen.“ (Oerlinghausen)
- „Zugang für Rollstuhlfahrer im Rathaus Lemgo.“
- „Gleitritten für blinde Menschen in der Mittelstraße in Lemgo (in einer Linie).“
- „Es ist schön, dass es nun mehr Informationen in Brailleschrift gibt. Aber meistens sind diese Informationen alle in Kurzschrift und nicht in Vollschrift geschrieben und somit nicht lesbar. Es wäre besser, wenn man gefragt wird, welche Schriftart man erlernt hat und lesen kann.“
- Absenkung vom Bürgersteigen für Rollstuhlfahrer (Bad Salzuflen)
- Zebra-Streifen in der Ahornstraße/Herrmann-Löns-Straße (Bad Salzuflen)

Artikel 19 UN-BRK - Unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft



§

Menschen mit Behinderung müssen gut leben können.

Jeder Mensch mit Behinderung muss genug gesundes Essen, sauberes Wasser, Kleidung und eine Wohnung haben.

Menschen mit Behinderung können selber entscheiden, wo und mit wem sie wohnen.



Paragraf 5 Inklusions-Grundsätze-Gesetz NRW

§

Alle Menschen helfen mit, dass Menschen mit Behinderung überall in Nordrhein-Westfalen dabei sein können.

Alle Ämter und Behörden helfen mit, damit Menschen mit Behinderung nicht benachteiligt werden.

Menschen mit Behinderung sollen überall mit-einbezogen sein.

Überall in Nordrhein-Westfalen sollen Menschen gleich gut leben können.

Das sagen Menschen mit Behinderung aus dem Kreis Lippe dazu:

- „Mehr bezahlbare, behinderten gerechte Wohnungen“
- „Behinderten gerechte Wohnungen“
- „Es gibt zu wenige Wohnungen für Menschen mit Handicap“
- „Barrierefreier und bezahlbarer Wohnraum (frei zugänglich)“
- „Mehr Wohnungen für Menschen mit finanzieller Unterstützung in Lippe“
- „Bessere und einfachere Wege für Sozialwohnungen.“
- „mehr Wohnmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung.“
- „Mehr günstige Wohnungen für Paare in Lemgo.“
- „Mehr günstige Wohnungen für eine Person.“ (Lemgo)
- „Es fehlen ausreichend günstige Wohnungen in Lemgo.“
- „Es fehlen behindertengerechte Wohnungen.“ (Lemgo)
- „Bezahlbaren Wohnraum in der Stadt.“ (Detmold)

Artikel 20 UN-BRK - Persönliche Mobilität



- Menschen mit Behinderung sollen sich fortbewegen können.
- § Das bedeutet: Jeder soll zu einem anderen Ort fahren oder gehen können.
Zum Beispiel soll jeder mit dem Bus fahren können.
Menschen mit Behinderung sollen dabei möglichst selbstständig sein.
Menschen mit Behinderung sollen möglichst selbst bestimmen.

Gesetz über den öffentlichen Personen-Nah-Verkehr NRW

- Alle Menschen haben das Recht, Busse und Bahnen zu nutzen.
Busse und Bahnen sollen für alle Menschen zugänglich sein (zum Beispiel: Rampen und ausreichend Rollstuhlplätze).
- § Die Busse und Bahnen sollen pünktlich fahren.
Die Anschlussbusse sollen erreicht werden.
Die Busse und Bahnen sollen sicher und sauber sein.
Die Busfahrer sollen sich um Menschen mit Behinderung kümmern (zum Beispiel: beim Ein- und Aussteigen helfen, Durchsagen für alle verständlich machen).
Auf dem Land sollen alle Orte gut mit Bus oder Bahn zu erreichen sein.
Der Kreis Lippe legt fest, wie oft die Busse und Bahnen fahren.

Das sagen Menschen mit Behinderung aus dem Kreis Lippe dazu:

- „Fahrdienst: bessere Nutzung, Flexibilität + Unterschiedliche Unternehmen/Taxi“
- „ÖPNV: Einheitliche Anordnung der Sitzplätze für schwerbehinderte Menschen in Bussen, Umrüstung der Lichtsignalanlagen mit akustischen und taktilen Signalgeber“
- „Barrierefreie Auskunftssysteme (Apps, akustische Fahrpläne vor Ort und selbstständige Auffindbarkeit der Bedienelemente des akustischen Auskunftssystems (KEIN Touchscreen!!!)“
- „Anschaffung neuer Busse mit AWAS und akustisch auffindbaren Türtaster, falls eine Selbstbedienung durch den Kunden geplant ist, kontrastreiche Gestaltung der Busse von Innen und Außen, sowie Außenansagen an den Bussen“
- „Barrierefreie Bahnhöfe & Haltestellen“
- „Busse nehmen meistens nur einen Rolli-Fahrer mit“
- „Parkausweis“
- „Geschultes Personal in Bussen (KVG) ländlicher Bereich“
- „Verbesserter Nahverkehr mit Anrufsammeltaxis“
- „Für meinen Ort, Begsterhagen, mehr Busfahrten.“



- „Die Bürgersteige in den Detmolder Wohngebieten sind teilweise nicht rollstuhlgerecht. Sie sind zu schmal, von Pflanzen überwuchert oder holperig. Oftmals muss man als Rollstuhlfahrer in den 30iger Zonen auf der Fahrbahn fahren. Ich denke, es wäre vielleicht sogar sicherer, die Bürgersteige ganz zu entfernen und durch andersfarbige Pflastersteine zu markieren.“
- „Anzeigen im Bus“
- „Kopfsteinpflaster auf Gleisen -> für Rollstuhlfahrer/Gehhilfen = Stolpergefahr“
- „Mehr Rollstuhlplätze in Bussen“
- „Großraumbus für Rollstuhlfahrer/E-Scooter (verordnete Scooter von der Krankenkasse. diese dürfen bislang gar nicht in Bussen mitfahren), etc.“
- „Die Verkehrsbusse in Lippe können nur einen Rollstuhl pro Fahrt mitnehmen, die Anzahl muss erhöht werden.“
- „Transportmöglichkeiten für Rollstuhlfahrer abends und an Wochenenden müssen geschaffen werden“
- „Wir wohnen in Lemgo bei der Stiftung Eben-Ezer (Disselhoffweg 15-17) und sind oft unterwegs. Sonntags fährt hier kein Bus und nicht jeder Bewohner kann bis in die Stadt laufen oder Rad fahren. Wir würden uns freuen, wenn auch am Sonntag der Stadtbus fahren würde.“
- „Der Stadtbus sollte auf den Anschlussbus warten.“ (Lemgo)
- „Alle Bushaltestellen sollen Dächer bekommen, damit man nicht so nass wird, wenn man bei Regen auf den Bus wartet.“ (Lemgo)
- „Wir bräuchten in Bartrup mehr Zebrastreifen für unsere Sicherheit, vor allem auf dem Weg zum Aldi und Lidl.“
- „Richtung Marktkauf (Bartrup) soll es eine Ampel, Insel, Zebrastreifen (o.ä.) geben, damit man besser über die Straße gehen kann.“
- „Einen Zebrastreifen an der Quelle/ Rintelner Weg, weil viele Gärtner vom eeWerk da über die Straße müssen.“ (Lemgo)
- „Mehr Busse und mehr Radwege für Fahrräder. Nach Lieme zur Werkstatt (Hengstheide).“ (Lemgo)
- „Eine Bushaltestelle im Industriegebiet Lieme (Hengstheide).“ (Lemgo)
- „Mehr Beleuchtung am Radweg Rintelner Weg.“ (Lemgo)
- „Eine Bushaltestelle an der Straße Kleine Knoppeide in Entrup soll her.“ (Lemgo)
- „Rintelner Weg ist dunkel, das ist gefährlich.“ (Lemgo)
- „Der Radweg am Rintelner Weg soll erneuert werden.“ (Lemgo)
- „Beleuchtung an dem Radweg Rintelner Weg fehlt.“ (Lemgo)
- „Es fehlen Radwege in Lemgo, z.B. bei den Stadtwerken“
- „Autos fahren zu schnell, Geschwindigkeitsanzeigen an der Straße wäre gut, auch auf dem Gelände von Neu Eben-Ezer.“ (Lemgo)
- „Die Busse sind zu voll.“ (Lemgo)
- „In den Ferien: zu wenig Busse.“ (Lemgo)



- „Mehr Bushaltestellen mit Dach.“ (Lemgo)
- „Möglichkeit zur Händedesinfektion in Bussen und Bahnen.“
- „Erweiterung der Fahrradwege.“ (Lemgo)
- „Teilweise schlechter Zustand der Straßen, daher wäre evtl. eine Sanierung bzw. Erhaltung erforderlich.“ (Lemgo)
- „Es wäre schön, wenn die Stadtbusse in Lemgo auch sonntags fahren.“
- 2x „Es wäre gut, wenn die Stadtbusse in Lemgo auch sonntags fahren.“
- „Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs besonders an Feiertagen und am Wochenende.“ (Detmold)
- „Mehr Parkplätze in der Stadt für Menschen mit Behinderung.“ (Detmold)
- „Es fehlt im Hengstfeld, Lieme eine Bushaltestelle.“ (Lemgo)
- „Rund um die Bushaltestelle „Feuerwehrturm“ sind die Ampeln für schwerhörige und blinde Personen zu leise.“ (Detmold)
- „An der Bielefelder Straße zwischen Parkplatz Kohlpott und Gaststätte Kohlpott wünschen wir uns eine Ampel oder einen Zebrastreifen um die Bielefelder Straße besser überqueren zu können. Wir gehen dort regelmäßig einmal pro Woche zum Kegeln und nutzen das Restaurant samt Biergarten sehr gerne.“ (Detmold)
- „Im Bereich Feuerwehrturm und Penny sollte die Geschwindigkeit auf 50 km reduziert werden. Die meisten Autos fahren leider deutlich schneller.“ (Detmold)
- „Auf dem Weg Birkendamm und Waldheiderstraße sollte die Blindenleitlinie durchgehend sein. Zudem parken dort oft Autos auf der Leitlinie.“ (Detmold)
- „Die Bushaltestelle bei Praxis Dr. Hammer / Dr. Graudenz ist leider nicht blindengerecht.“ (Detmold)
- „Das Ampelsignal für blinde Personen sollte generell lauter sein.“
- „Alle Ampelanlagen sollten generell klappern und bei grün für Fußgänger piepen.“
- „Insbesondere in Heidenoldendorf beim Nahkauf ist die grüne Ampelphase für Fußgänger mit Handicap zu kurz.“ (Detmold)
- „Wir wünschen uns an allen Bushaltestellen eine Sprachangabe und gut hörbare Signale.“
- „Die Busse sollten mehr leuchten, so wie Krankenwagen, damit sie gut erkennbar sind.“
- „Es wäre schön, wenn jeder Bus im Eingangsbereich ein sehr gut lesbares Schild mit seiner Fahrliniennummer stehen hätte, z.B. so ähnlich wie bei Erstklässlern.“
- „In der Innenstadt wünschen wir uns Stoppschilder für LKW´s und Spielstraßengeschwindigkeit, besonders auf dem Weg zwischen Bahnhof und Innenstadt.“ (Detmold)
- „Wir wünschen uns eine erfühlbare Trennung zwischen Radweg und Fußgängerweg.“ (Detmold)
- „Wir wünschen uns mehr Bereiche wo die Autos langsamer fahren müssen und deutlichere Abgrenzungen zwischen Straßen und Fußgängerwegen.“ (Detmold)

- „Leitlinien sollten immer ein konkretes Ende haben und nicht „mittendrin“ enden, z.B. Bielefelder Straße Fußgängerweg zum Markt ist nicht durchgängig.“ (Detmold)
- „Bessere Stadtbus-Verbindungen.“ (Bad Salzungen)
- „Mehr Verkehrskontrollen.“ (Bad Salzungen)

Artikel 21 UN-BRK - Recht der freien Meinungsäußerung, Meinungsfreiheit und Zugang zu Informationen



- Die Informationen müssen zugänglich sein.
Die Informationen müssen so sein,
- § dass Menschen mit Behinderung die Informationen verstehen können.
Zum Beispiel muss es Informationen in Blinden-Schrift oder
in Leichter Sprache geben.
Besonders Ämter und Behörden müssen zugängliche Informationen machen.

Paragraf 9 Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz NRW

- Alle Briefe von einem Amt sollen verständlich geschrieben sein.
Alle Formulare sollen verständlich sein.
- § Erklärungen in leicht verständlicher Sprache sollen helfen, Briefe von einem Amt besser zu verstehen.
Für blinde und sehbehinderte Menschen müssen die Briefe von einem Amt besonders geschrieben werden (zum Beispiel: in einer großen Schrift).

Das sagen Menschen mit Behinderung aus dem Kreis Lippe dazu:

- „Informationstexte in Braille und Großdruck“
- „Briefe von den Behörden vereinfachen“
- „Barrierefreie und für blinde Menschen ohne Hilfsperson ausfüllbare Dokumente, Vordrucke und Formulare“
- „Bessere Orientierung an Bahnhöfen“
- „Wir finden es gut, dass nach unserer Meinung gefragt wird!“
- „Ausbau „Leichte Sprache“ in öffentlichen Gebäuden und Verwaltungen.“ (Detmold)
- „Besseres W-Lan.“



Artikel 24 UN-BRK - Bildung



Lernen ist wichtig für Menschen.



Wenn man etwas lernt, kann man sich weiter entwickeln.

Und man kann etwas schaffen und stolz auf sich sein.

Menschen mit Behinderung haben das Recht auf Bildung.

Jeder soll etwas lernen können.

Paragraf 2 Schul-Gesetz NRW

Alle jungen Menschen haben das gleiche Recht auf Lernen.



Junge Menschen mit und ohne Behinderung sollen oft zusammen lernen.

Kein junger Mensch soll wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

In der Schule soll die Freude am Lernen gefördert werden.

Die Schülerinnen und Schüler sollen zum Beispiel lernen:

- selbständig zu werden
- für sich selbst zu handeln
- eine eigene Meinung zu vertreten
- die Meinung andere zu achten

Das sagen Menschen mit Behinderung aus dem Kreis Lippe dazu:

- „Deutsch- und Fremdsprachen-Kurse für Menschen mit Behinderung“
- „Mehr Hilfen für Analphabeten, z.B. bei Zug-Tickets kaufen bzw. für alle öffentlichen Verkehrsmittel.“
- „In der Bücherei sollten auch Bücher in Brailleschrift ausgeliehen werden können.“
- „Es wäre schön, wenn es Bildungs- und Informationsangebote in Braille oder zum Hören geben würde, z.B. Informationen aus Detmold, für Veranstaltungen in Detmold und Umgebung usw.“
- „Es wäre schön, wenn es bei der VHS in Kooperation mit Selbsthilfegruppen Kurse geben würde, um die Braille Schrift zu erlernen.“

Artikel 27 UN-BRK - Arbeit und Beschäftigung



Menschen mit Behinderung sollen dort arbeiten, wo alle anderen Menschen auch arbeiten.

Zum Beispiel sollen Menschen mit Behinderung auch in Firmen, Ämtern und Fabriken arbeiten können.

§

Menschen mit Behinderung sollen selber entscheiden, wo sie arbeiten wollen.

Zum Beispiel, ob sie mit Menschen ohne Behinderung zusammen in einer Firma arbeiten wollen.

Oder, ob sie in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung arbeiten wollen.

Menschen mit Behinderung haben bei der Arbeit dieselben Rechte wie alle anderen Menschen.

Das sagen Menschen mit Behinderung aus dem Kreis Lippe dazu:

- „Wir wollen wieder in die Werkstatt an unsere Arbeitsplätze“
- „Behindertengerechte Arbeitsplätze“
- „Mein Leopoldshöhe hatte kein Arbeitsplatz für mich...“
- „Es soll einen Standort von der Lebenshilfe-Werkstatt für Menschen mit Behinderung in Barntrup geben.“
- „Es sollen mehr Arbeitsplätze geschaffen werden.“
- „Mehr Integrationsbetriebe in NRW“
- „Mehr Arbeitsplätze in Lippe für behinderte Menschen.“
- „Mehr Unterstützung für gehörlose Menschen bei der Arbeitssuche.“
- „Die Behindertenquote auf dem 1. Arbeitsmarkt macht keinen Sinn, wenn man sich davon frei kaufen kann.“
- „Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung erhalten.“



Artikel 29 UN-BRK - Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben

Menschen mit Behinderung dürfen in der Politik und in Gruppen mitbestimmen.

§

Sie haben das Recht, in ihrem Land mit zu entscheiden.

Jeder Mensch mit Behinderung hat das Recht zu wählen.

Das heißt: Jeder darf mitbestimmen, welche Politiker in Deutschland etwas entscheiden dürfen. Jeder Mensch mit Behinderung kann selber Politik machen.



Paragraf 9 Inklusions-Grundsätze-Gesetz NRW

Menschen mit Behinderung müssen bei allen Gesetzen beteiligt werden, wenn sie davon betroffen sind.

§

Menschen mit Behinderung müssen gefragt und eng einbezogen werden.

Menschen mit Behinderung sollen eine inklusive Gesellschaft mitgestalten.

Menschen mit Behinderung können Gruppen bilden (zum Beispiel einen Behinderten-Beirat).

Das sagen Menschen mit Behinderung aus dem Kreis Lippe dazu:

- „Ganz wichtig ist allen in der Gruppe, dass Politiker in leichter, verständlicher Sprache reden und klare Antworten geben.“
- „Mitspracherecht: Behindertenbeirat!“
- „Politische Teilhabe“
- „Partizipation in vielen Bereichen“
- „Inklusives Leben“
- „Stadtarchitekten einladen: Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen sind Experten in eigener Sache. Miteinbeziehung in die Planung“
- „... das alle Parteien, die zur Kommunalwahl antreten über das Wahlrecht für Menschen mit Behinderung informiert und dafür tätig werden.“
- „Behindertenbeirat in Lemgo ist wichtig.“
- „Menschen mit Behinderung sollen in eigenen Belangen mehr Mitspracherecht haben und um Rat gefragt werden.“

Artikel 30 UN-BRK - Teilhabe am kulturellen Leben sowie an Erholung, Freizeit und Sport

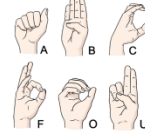


Jeder Mensch mit Behinderung soll auch in seiner Freizeit überall dabei sein können.

Menschen mit Behinderung soll sich wichtige Orte ansehen können.

Darum muss es an all diesen Orten

§ zum Beispiel Rampen für Rollstuhl-Fahrer geben.
Oder Angebote in Gebärdensprache.



Oder Texte in Leichter Sprache.

Jeder Mensch mit Behinderung hat das Recht auf seine eigene Sprache.

Jeder Mensch mit Behinderung soll Sport machen können.

Jeder Mensch mit Behinderung soll sich erholen können.

Jeder Mensch mit Behinderung soll auch in den Urlaub fahren können.

Das sagen Menschen mit Behinderung aus dem Kreis Lippe dazu:

- „Ein Tierheim in der Stadt eröffnen“ (Lemgo)
- „Freizeitpark eröffnen“ (Lemgo)
- „Es sollte mehr Treffpunkte/ Veranstaltungen in Barntrup für Menschen mit Behinderung geben, z.B. Kaffee und Kuchen zum Austausch.“
- „Es wäre schön, wenn wieder ein Fressnapf-Geschäft nach Barntrup kommt und ein „1-Euro-Laden“.“
- „Angebot von Disco-Veranstaltungen in Horn“
- „Einrichtung eines Kinos und Tierparks in Horn“
- „Auf Tier- und Naturschutz achten“ (Lemgo)
- „Es fehlt ein türkisches Lebensmittel-Geschäft“ (Barntrup)
- „Weil „Ihr-Platz“ weg ist, wäre ein „Rossmann-Geschäft“ schön.“ (Barntrup)
- „Mehr Einsätze von Gebärdendolmetschern, auch bei öffentlichen Veranstaltungen.“
- „Eine Begegnungsstätte für Menschen mit einer Hörbehinderung.“
- „Wir würden gerne in eine Disco gehen.“ (Lemgo)
- „Für Jugendliche sind die Angebote rar, da könnte mehr gemacht werden.“ (Bad Salzuflen)
- „Treffpunkt für Menschen mit Beeinträchtigung: Beratung, Begleitung, Begegnung, Kultur, Teilhabe und Inklusion vor Ort, Gegenseitige Unterstützung“ (Lemgo)
- „Mehr Freizeitangebote“ (Lemgo)
- „Sozialpreise“ (Lemgo)
- „Mehr Musikveranstaltungen auf dem Marktplatz in Lemgo.“
- „Größere Geschäfte in Lemgo-Innenstadt, wie z.B. Karstadt, Saturn etc.“
- „Mehr Spielplätze“ (Lemgo)



- „In Lemgo fehlt ein Kiosk.“
- „Einen Minigolfplatz in Lemgo.“
- „Es wäre schön, wenn es die Möglichkeit gäbe, Badminton mit einem Netz spielen zu können.“ (Lemgo)
- „Es fehlt eine Bowlingbahn in Lemgo.“
- „Ein großes Kino wie z.B. das Cinemax wäre gut.“ (Lemgo)
- „Es fehlen Spielplätze für Kinder mit Behinderung.“ (Lemgo)
- „Mehr Freizeitangebote z.B. Minigolfplatz“ (Lemgo)
- „Erhalt der öffentlichen Freibäder“ (Detmold)
- „Erhaltung im Wohngebiet von Sparkassen, Einkaufsmöglichkeiten und Briefkästen.“ (Detmold)
- „Begleitpersonen die Menschen mit Behinderung bei Freizeit-Angeboten begleiten, sollen kostenlosen Eintritt haben.“
- „Es wäre schön, wenn das Gemeindehaus im Arnimspark für alle Veranstaltungen im Gebäude rollstuhlgerechter wäre.“ (Detmold)
- „Es sollte noch eine weitere Pizzeria in Heidenoldendorf / Pivitsheide geben.“ (Detmold)
- „Im AquaLip sind die Steinstufen bei den Herrenduschen sehr schlecht für sehbehinderte Klienten zu erkennen und auch oft sehr rutschig.“ (Detmold)
- „Es wäre schön, wenn es im AquaLip mehr Haltestangen im Wasser und im Beckenbereich zum Festhalten geben würde.“ (Detmold)
- „Es wäre schön, wenn öffentliche Schwimmbäder auch für Rollstuhlfahrer genutzt werden können, z.B. indem es dort Lifter gibt.“ (Detmold)
- „Es wäre schön, wenn die Zeitspanne zur Bedienung an Geldautomaten länger wäre.“ (Detmold)
- „Es wäre schön, wenn es in Heidenoldendorf eine weitere Eisdiele geben würde.“ (Detmold)
- „Es wäre schön, wenn es mehr inklusive Sportangebote für blinde und sehbehinderte Personen geben würde.“ (Detmold)
- „Es wäre schön, wenn es mehr Angebote im Bereich Reittherapie und Begegnungen mit Tieren für Menschen mit Handicap geben würde.“ (Detmold)
- „Es wäre schön, wenn es in Braille wieder eine Fernsehzeitung geben würde.“
- „Verschiedene Drogeriemärkte wie DM oder Rossmann.“ (Bad Salzuflen)

Weitere Forderungen

Diese Forderungen konnten keinem Artikel zugeordnet werden, daher werden sie an dieser Stelle gesammelt. Sie sollten trotzdem gleichwertig Beachtung finden.

Das sagen Menschen mit Behinderung aus dem Kreis Lippe dazu:

- „Gerade in den ländlichen Gebieten gibt es wenig Anlaufstellen für psychisch kranke Menschen Beratungsstellen oder Treffpunkte. Psychische Erkrankung kann man nicht nach außen unbedingt immer sehen, aber gerade Depression oder Psychosen darf man nicht unterschätzen, da es sogar bis zum Selbstmord führen kann. Daher ist es eine Bitte von mir an Sie, Herr Doktor Lehmann, da vielleicht in Zukunft mehr zu schaffen. Physisch erkrankte Menschen benötigen andere Hilfsmittel als körperlich behinderte Menschen, sie brauchen Gespräche, Freizeitangebote und Psychotherapien, soziale Kontakte, Gesprächspartner. Es ist egal, welche Art von Behinderung ein Mensch hat: es wird Zeit, dass alle Menschen mit Behinderung in diese Gesellschaft integriert und akzeptiert werden, da sie auch wertvolle und tolle Menschen sind. Da viele psychisch erkrankten Menschen von Einsamkeit und Isolation betroffen sind, ist es ausdrücklich meine Bitte, auch für diese Art Behinderung mehr zu machen, aber auch für alle Menschen mit Behinderung“
- „Selbstbestimmte Teilhabe in Pflegeheimen nicht möglich - vorhandene Strukturen“
- „Des Weiteren ist mir im Zusammenhang mit der Coronakrise nochmal bewusst geworden, wie prekär die Situation der pflegebedürftigen Menschen in den stationären Einrichtungen ist. Egal, ob es um eine Magen-Darminfektion, Infektion mit multiresistenten Keimen oder mit dem Coronavirus geht, die Infektionsgefahr in solchen Häusern ist groß, häufig durch das Pflegepersonal. Es ist kaum möglich, aufgrund der personellen Ausstattung, die erforderlichen Hygienemaßnahmen durchzuführen, da diese zeitaufwändig sind.

Die Antwort der Landesregierungen auf diese Situation war nun, eine Ausgangssperre für Pflegeheimbewohner. Zumindest allein dürfte man das Haus nicht verlassen, nur in Begleitung von Personal. Auch dürften die Bewohner keinen oder nur sehr eingeschränkt Besuch empfangen. Das war nochmal eine Verschlechterung für die pflegebedürftigen Menschen. Der Gleichbehandlungsgrundsatz und das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben werden missachtet. Um in Zukunft solche Situationen zu vermeiden, habe ich zwei Mindestforderungen: 1. Die Zahl der Bewohner, die zusammenleben muss verkleinert werden. 2. Die Zahl der Pflegekräfte (Betreuungsschlüssel) muss erhöht werden. Diese Probleme sind nicht neu, nur wurden sie durch Corona wieder in den Mittelpunkt gerückt. Es ist für mich eine krasse Missachtung der Menschenrechte pflegebedürftige Menschen aus Kostengründen(!) derart in ihren Persönlichkeitsrechten einzuschränken.“

- „öffentliche Aufklärung über die verschiedenen (psychischen) Krankheiten und Hilfestellung in eine, neuen Beruf bzw. einer Ausbildung“
- „In Corona-zeiten wurden Menschen mit Behinderung und deren Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten wenig berücksichtigt + in den Medien kaum erwähnt.“
- „Mehr Transparenz für ehrenamtliche rechtliche Betreuer*innen.“
- „Mehr Mülleimer“ (Lemgo)
- „Mehr Mülleimer auf den Wegen und an den Bänken“ (Detmold)
- „Bessere Aufklärung über psychische Erkrankungen.“ (Lemgo)
- „Mehr Hilfsangebote für psychisch kranke Menschen“ (Detmold)
- „Millionenprojekte sollten vorher mittels Umfragen auf Bedürftigkeit geprüft werden, vor allem auch bei denjenigen die es betrifft & davon profitieren.“
- „Höhere Bezahlung von Ärzten, Alten- und Krankenpflegern.“
- „Härtere Strafen für Kinderschänder.“
- „Die Internetverbindung in Lemgo muss schneller werden.“
- „Es soll mehr für den Klimaschutz getan werden.“
- „Im Bus tun Leute Füße auf die Sitze. Manche haben manchmal keine Maske auf. Das ist doof.“ (Lemgo)
- „In der Stadt liegen kaputte Flaschen.“ (Lemgo)
- „Schüler*innen machen im Bus keinen Platz für Menschen mit Rollator oder ältere Menschen.“ (Lemgo)
- „Es fehlen ausreichend behindertengerechte Toiletten“ (Lemgo)
- „Ausbau des Internet-Netzes im Wohnort.“ (Detmold)
- „Mehr Sauberkeit in der Stadt.“ (Detmold)
- „Corona Test freiwillig für alle Menschen, die in einer betreuten Wohnform leben.“
- „Betrunkene Menschen im ZOB Bad Salzuflen wirken bedrohlich.“
- „Viel Müll am ZOB in Bad Salzuflen.“
- „Viel Hundekot und Hunde ohne Leine in Bad Salzuflen.“

